

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig - Hybridsitzung

Sitzung: Dienstag, 17.09.2024

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 19:02 Uhr

Ratsmitglieder (in Klammern) verhindert, * per Video, übrige Teilnehmer/innen in Präsenz

Frau Antonelli-Ngameni	Frau Köhler
Frau Arning	Herr Köster
Herr Bach	Herr Kühn
Herr Bader	(Herr Lehmann)
(Frau Bartsch)	Frau Lerche
Herr Behrens	Frau Maul
(Herr Böttcher)	Herr Mehmeti
(Herr Bratmann)	(Herr Merfort)
Herr Bratschke	Herr Möller
Frau Braunschweig	Frau Mundlos *
Herr Disterheft	Frau Ohnesorge
Frau Dr. Flake	Herr Dr. Plinke
Herr Flake	Herr Pohler
Herr Glogowski	Frau Saxel
Frau Glogowski-Merten	(Herr Schatta)
Frau Göring	Herr Schnepel
Herr Graffstedt	Frau Schütze
Frau Hahn	Herr Sommerfeld
Frau Hillner	Herr Stühmeier
Frau Ihbe	Herr Swalve
Frau Jalyschko	Herr Täubert
(Frau Jaschinski-Gaus)	(Herr Tegethoff)
Frau Johannes	Herr Volkmann
Herr Jonas	Frau vom Hofe
Frau Kaphammel	Frau von Gronefeld *
Frau Kluth	Herr Wendt *
Herr Knurr	Herr Winckler
	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Dr. Kornblum
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Dr. Pollmann
Stadtbaudirektor Leuer
Städt. Ltd. Direktor Dr. Malorny
Stadträtin Dr. Rentzsch
Dezernent Leppa *
Stadtrat Herlitschke

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Mandatsverzicht des Ratsherrn Kai Tegethoff zum 16.09.2024 sowie Feststellung des Sitzverlustes gemäß § 52 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) | 24-24095 |
| 3 | Einführung und Verpflichtung des für den ausgeschiedenen Ratsherrn Kai Tegethoff berufenen Nachfolgers Thomas Behrens | |
| 4 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.06.2024 | |
| 5 | Aktuelle Situation bei Volkswagen | |
| 5.1 | Aktuelle Situation bei Volkswagen - Resolution
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Die GRÜNEN, der Gruppe Die FRAKTION. BS, der FDP-Fraktion und der BIBS-Fraktion | 24-24404 |
| 6 | Mitteilungen | |
| 7 | Anträge | |
| 7.1 | Historische Auseinandersetzung mit dem Besenmännchen
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS | 24-23875 |
| 7.1.1 | Historische Auseinandersetzung mit dem Besenmännchen
Stellungnahme der Verwaltung | 24-23875-01 |
| 7.2 | Einleitung und Organisation eines Beteiligungsprozesses zur Gestaltung eines Ortes für Kinderrechte im Zentrum Braunschweigs
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN | 24-24010 |
| 7.3 | Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte - Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen
Antrag der CDU-Fraktion | 24-24242 |
| 7.3.1 | Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte - Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen
Stellungnahme der Verwaltung | 24-24242-01 |
| 7.4 | Umbau Ölper Kreuz
Antrag der BIBS-Fraktion und der Gruppe Die FRAKTION. BS | 24-24273 |
| 7.4.1 | Umbau Ölper Kreuz
Stellungnahme der Verwaltung | 24-24273-02 |

7.5	Zugriffsmöglichkeiten der Stadt auf Grundstück und Gebäude des ehemaligen Kreiswehrersatzamts Antrag der AfD-Fraktion	24-24335
8	Umbesetzungen im Verwaltungsausschuss, Ältestenrat und in Ausschüssen	24-24319
9	Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses	24-24325
10	Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat der Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	24-24299
11	Wahl des Vertreters der Landesjägerschaft im Jagdbeirat	24-24004
12	Abberufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt	24-24046
13	Änderung der Taxentarifordnung	24-24036
14	Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	24-24262
14.1	Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	24-24262-01
14.2	Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	24-24262-02
15	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	24-24210
15.1	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	24-24210-01
16	Vorstellung des Evaluationsberichts und Fortführung der Antidiskriminierungsstelle	24-24240
17	Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-KindGruppen; Förderung von Zweitkräften in Kleingruppen	24-23991
18	Neufestsetzung der Entgelte für den Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste (Grömitz/Ostsee)	24-23967
19	Raumprogramm für die Erweiterung des Wilhelm-Gymnasiums; Ersatz der Ein-Fach-Sporthalle in der Außenstelle Leonhardstraße 12 durch den Bau einer 1,5-Fach-Sporthalle	24-24059
20	Richtlinie für die außerschulische Nutzung von Sporthallen zu Übernachtungszwecken	24-23724

20.1	Richtlinie für die außerschulische Nutzung von Sporthallen zu Übernachtungszwecken	24-23724-01
21	Anfragen	
21.1	Transparenz in den Haushaltsberatungen Anfrage der CDU-Fraktion	24-24333
21.1.1	Transparenz in den Haushaltsberatungen Stellungnahme der Verwaltung	24-24333-01
21.2	Kinder- und Familienarmut / Handlungskonzept Kinderarmut Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	24-24328
21.2.1	Kinder- und Familienarmut / Handlungskonzept Kinderarmut Stellungnahme der Verwaltung	24-24328-01
21.3	Ersatzfreiheitsstrafe bei Schwarzfahren Anfrage der Gruppe Die FRAKTION. BS	24-24329
21.3.1	Ersatzfreiheitsstrafe bei Schwarzfahren Stellungnahme der Verwaltung	24-24329-01
21.4	Vergewaltigungsvorwurf in der „Wasserwelt“: aus welchem Umfeld kommt der Tatverdächtige? Anfrage der AfD-Fraktion	24-24334
21.4.1	Vergewaltigungsvorwurf in der „Wasserwelt“: aus welchem Umfeld kommt der Tatverdächtige? Stellungnahme der Verwaltung	24-24334-01
21.5	Veröffentlichung von Einwohneranfragen auf der Mitreden-Plattform Anfrage der Ratsfrau Hillner	24-24284
21.5.1	Veröffentlichung von Einwohneranfragen auf der Mitreden-Plattform Stellungnahme der Verwaltung	24-24284-01
21.6	Aktueller Sachstand zum Weiterbetrieb des Bades Gliesmarode Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	24-24330
21.6.1	Aktueller Sachstand zum Weiterbetrieb des Bades Gliesmarode Stellungnahme der Verwaltung	24-24330-01
21.7	Erarbeitung eines kommunalen Hitzeaktionsplans Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	24-24338
21.7.1	Erarbeitung eines kommunalen Hitzeaktionsplans Stellungnahme der Verwaltung	24-24338-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:02 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig zugegangen ist und der Rat ordnungsgemäß geladen sowie beschlussfähig ist.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass die Sitzung in hybrider Form stattfindet, also neben den in Präsenz Anwesenden auch Ratsmitglieder per Videokonferenz an der Sitzung teilnehmen. Er benennt die entschuldigten sowie die per Videokonferenz zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellt fest, dass die übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Saal anwesend sind.

Sodann gibt Ratsvorsitzender Graffstedt Hinweise zur Durchführung der Sitzung in hybrider Form und teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

Zu TOP 5.1: Aktuelle Situation bei Volkswagen - Resolution
Antrag 24-24404

Zu TOP 7.3.1: Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte -
Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und
generationengerechte Maßnahmen
Stellungnahme 24-24242-01

Zu TOP 15.1: Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €
Ergänzungsvorlage 24-24210-01

Er teilt weiter mit, dass der unter Tagesordnungspunkt 7.5 aufgeführte Antrag 24-24335 „Zugriffsmöglichkeiten der Stadt auf Grundstück und Gebäude des ehemaligen Kreiswehrersatzamts“ vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde und somit für eine Beratung und Beschlussfassung hierüber in der heutigen Sitzung kein Raum mehr besteht.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist ferner darauf hin, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nur der Tagesordnungspunkt 23 - Mitteilungen - vorgesehen ist. Er teilt mit, dass schriftliche nichtöffentliche Mitteilungen nicht vorliegen und die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils geschlossen werden kann, sofern sich nicht noch Punkte für die nichtöffentliche Beratung ergeben. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:14 Uhr in die Beratung ein.

2. Mandatsverzicht des Ratsherrn Kai Tegethoff zum 16.09.2024 sowie Feststellung des Sitzverlustes gemäß § 52 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

24-24095

Beschluss:

Gemäß § 52 Abs. 2 NComVG wird festgestellt, dass die Voraussetzungen nach § 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 NComVG für den Sitzverlust des Ratsherrn Kai Tegethoff zum 16.09.2024 aufgrund seiner schriftlichen Verzichtserklärung vom 27.07.2024 vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3. Einführung und Verpflichtung des für den ausgeschiedenen Ratsherrn Kai Tegethoff berufenen Nachfolgers Thomas Behrens

Ergebnis:

Ratsvorsitzender Graffstedt gibt die Feststellung des Gemeindewahlleiters zum Sitzübergang bekannt. Anschließend nimmt Oberbürgermeister Dr. Kornblum die förmliche Verpflichtung gemäß § 60 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NComVG) sowie die Pflichtenbelehrung nach § 43 NComVG von Ratsherrn Thomas Behrens vor.

4. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.06.2024

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 11.06.2024 wird einstimmig genehmigt.

5. Aktuelle Situation bei Volkswagen

5.1. Aktuelle Situation bei Volkswagen - Resolution

24-24404

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Die GRÜNEN, der Gruppe Die FRAKTION. BS, der FDP-Fraktion und der BIBS-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf den vorliegenden interfraktionellen Antrag 24-24404 hin und teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss in seiner heutigen Sondersitzung die Annahme empfohlen hat.

Oberbürgermeister Dr. Kornblum nimmt Bezug auf die aktuellen Entwicklungen bei Volkswagen und führt zur herausgehobenen Bedeutung des Braunschweiger Standorts aus. Er betont, dass die Stadt Braunschweig der Volkswagen AG als verlässlicher Partner jederzeit konstruktiv zur Seite stehe, um die Zukunft des Werks Braunschweig langfristig abzusichern. Oberbürgermeister Dr. Kornblum appelliert in diesem Sinne insbesondere auch an die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Volkswagen AG gegenüber Standortkommunen wie Braunschweig.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 24-24404 abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig stellt sich hinter die Beschäftigten im Volkswagenwerk Braunschweig und unterstreicht die herausgehobene Bedeutung des hiesigen VW-Standorts. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig fordert der Rat vom Management der Volkswagen AG ein klares Bekenntnis zum VW-Werk Braunschweig und Arbeitsplatzgarantien für die Belegschaft. Die Stadt Braunschweig steht der Volkswagen AG hierbei selbstverständlich als verlässlicher Partner jederzeit konstruktiv zur Seite und bietet Konzern und Betriebsrat gemeinsam mit dem Rat einen Schulterschluss an, um die Zukunft des Werks Braunschweig langfristig abzusichern. Der Rat ist überzeugt, dass der traditions-

reiche VW-Standort Braunschweig mit seinen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine wichtige Rolle bei der Transformation der gesamten Volkswagen AG hin zu Zukunftstechnologien einnehmen kann und wird. Um dies zu erreichen, braucht es jetzt jedoch schnell verlässliche und klare Bekenntnisse für den VW-Standort Braunschweig.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

6. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

7. Anträge

- | | |
|---|--------------------|
| 7.1. Historische Auseinandersetzung mit dem Besenmännchen
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS | 24-23875 |
| 7.1.1. Historische Auseinandersetzung mit dem Besenmännchen
Stellungnahme der Verwaltung | 24-23875-01 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 24-23875 die Stellungnahme 24-23875-01 sowie eine geänderte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft vorliegen. Ratsfrau Saxel bringt den Antrag ein und zieht diesen sodann zurück.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Antrag 24-23875 zurückgezogen wurde und die weitere Beratung damit entfällt.

Ergebnis:
Der Antrag 24-23875 wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Ergebnis:
Die Stellungnahme 24-23875-01 wird zur Kenntnis genommen.

- | | |
|--|-----------------|
| 7.2. Einleitung und Organisation eines Beteiligungsprozesses zur Gestaltung eines Ortes für Kinderrechte im Zentrum Braunschweigs
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN | 24-24010 |
|--|-----------------|

Ratsfrau Schütze bringt den interfraktionellen Antrag 24-24010 ein und begründet diesen. Nach der Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:
Die Stadtverwaltung wird gebeten, eine geeignete Fläche in der Braunschweiger Innenstadt zu suchen, auf der nicht nur Spielmöglichkeiten für verschiedene Altersgruppen zur Verfügung gestellt werden, sondern auch ein „Ort für Kinderrechte“ entstehen kann.

Es sollen Partner*innen wie Kindertagesstätten, Grundschulen oder Jugendzentren gefunden werden, die - in einem mehrteiligen Beteiligungsprozess im Kalenderjahr 2025 - in ihren Einrichtungen mit den Kindern Ideen entwickeln, um diesen Platz inhaltlich zu gestalten und in der Folge mit Sonderaktionen zu einem echten „Ort der Kinderrechte“ zu machen. In diesen Prozess sollen auch der Jugendhilfeausschuss, der Bezirksrat 130 Mitte und das Jugendparlament einzbezogen werden.

Für die Sonderaktionen sollte ein Budget zur Verfügung gestellt werden, zu dessen Höhe die Verwaltung um einen Vorschlag gebeten wird.

Abstimmungsergebnis:
bei zwei Gegenstimmen beschlossen

- 7.3. Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte - Treibhausgas-neutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen** **Antrag der CDU-Fraktion** **24-24242**
- 7.3.1. Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte - Treibhausgas-neutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen** **Stellungnahme der Verwaltung** **24-24242-01**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 24-24242 die Stellungnahme 24-24242-01 vorliegt. Ratsfrau von Gronefeld bringt den Antrag ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 24-24242 abstimmen.

Beschluss:

Die Ziele für die Treibhausgas-Reduktion in Braunschweig werden wie folgt neu festgesetzt:

1. Kommunale Verwaltung bis 2035 100 % Treibhausgasneutralität (vorbehaltlich der Umstellung der Fernwärmе auf treibhausgasneutrale Versorgung)
2. Stadt Braunschweig insgesamt mindestens 80 % bis 2040 (bezogen auf 1990), vollständige Reduktion bis spätestens 2045 (vorbehaltlich der Umstellung der Fernwärmе auf treibhausgasneutrale Versorgung)

Zur Erreichung dieser Ziele werden vorrangig zunächst die in der Begründung aufgeführten Maßnahmen umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
bei einigen Fürstimmen abgelehnt

Ergebnis:
Die Stellungnahme 24-24242-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung in der Zeit von 16:12 Uhr bis 16:48 Uhr für eine Pause.

Nach der Pause übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth die Sitzungsleitung.

Anschließend findet in der Zeit von 16:49 Uhr bis 17:11 Uhr die Einwohnerfragestunde unter Leitung von stellvertretender Ratsvorsitzender Kluth statt.

- 7.4. Umbau Ölper Kreuz** **24-24273**
Antrag der BIBS-Fraktion und der Gruppe Die FRAKTION. BS
- 7.4.1. Umbau Ölper Kreuz** **24-24273-02**
Stellungnahme der Verwaltung

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass zu dem Antrag 24-24273 die Stellungnahme 24-24273-02 vorliegt. Ratsfrau Arning bringt den interfraktionellen Antrag ein, begründet diesen und beantragt, über Ziffer 1 und 2 des Beschlussvorschlags getrennt abzustimmen. Nach der Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth über den Antrag 24-24273 getrennt nach Ziffer 1 und 2 des Beschlussvorschlags abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Braunschweig lehnt den Neubau der Überfliegerbrücke BSN 1 am Autobahnkreuz Ölper Kreuz ab. Stattdessen sollte eine vierte Verbindungsrampe („Ohr“) als Dauerlösung für die Auffahrt der A392 auf die A391 Richtung Kassel errichtet werden. Die Verwaltung wird aufgefordert, diese Ablehnung der Autobahn GmbH und dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr zu übermitteln.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, alle rechtlichen Schritte zu überprüfen, um einen Neubau der BSN 1 zu verhindern.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung

- zu Ziffer 1: bei 16 Fürstimmen und einer Enthaltung abgelehnt
zu Ziffer 2: bei fünf Fürstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-24273-02 wird zur Kenntnis genommen.

7.5. Zugriffsmöglichkeiten der Stadt auf Grundstück und Gebäude des ehemaligen Kreiswehrersatzamts Antrag der AfD-Fraktion 24-24335

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass über den Beschlussvorschlag des Antrags 24-24335 vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde, so dass für eine Beratung und Beschlussfassung durch den Rat kein Raum verbleibt.

Ergebnis:

Über den Beschlussvorschlag des Antrags 24-24335 hat der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 10.09.2024 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden, so dass für eine Beschlussfassung durch den Rat kein Raum mehr besteht.

8. Umbesetzungen im Verwaltungsausschuss, Ältestenrat und in Ausschüssen 24-24319

Beschluss:

1. Umbesetzung im Verwaltungsausschuss

- Anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld wird Ratsherr Thomas Behrens als Beigeordneter im Verwaltungsausschuss bestimmt.
- Ratsherr Udo Sommerfeld wird anstelle von Ratsherrn Kai Tegethoff als Stellvertreter im Verwaltungsausschuss bestimmt.
- Ratsfrau Gisela Ohnesorge wird anstelle von Ratsfrau Michaline Saxel als Stellvertreterin im Verwaltungsausschuss bestimmt.

2. Umbesetzung im Ältestenrat

- Ratsfrau Gisela Ohnesorge wird anstelle von Ratsherrn Kai Tegethoff als Stellvertreterin im Ältestenrat benannt.

3. Umbesetzung in Ausschüssen

Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung

- Ratsfrau Gisela Ohnesorge wird anstelle von Ratsherrn Kai Tegethoff als Stellvertreterin im Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung benannt.

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung

- Ratsherr Thomas Behrens wird anstelle von Ratsfrau Gisela Ohnesorge als Stellvertreter im Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung benannt.

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft

- Ratsherr Thomas Behrens wird anstelle von Ratsherrn Kai Tegethoff als Stellvertreter im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft benannt.

Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

- Anstelle von Ratsherrn Kai Tegethoff wird Ratsherr Thomas Behrens als Mitglied im Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben benannt.

Ausschuss für Planung und Hochbau

- Anstelle von Ratsherrn Kai Tegethoff wird Ratsherr Thomas Behrens als Mitglied im Ausschuss für Planung und Hochbau benannt.

Sportausschuss

- Ratsfrau Gisela Ohnesorge wird anstelle von Ratsherrn Kai Tegethoff als Stellvertreterin im Sportausschuss benannt.

Umwelt- und Grünflächenausschuss

- Ratsherr Thomas Behrens wird anstelle von Ratsherrn Kai Tegethoff als Stellvertreter im Umwelt- und Grünflächenausschuss benannt.
- Ratsherr Udo Sommerfeld wird anstelle von Ratsfrau Michaline Saxel als Stellvertreter im Umwelt- und Grünflächenausschuss benannt.

Wirtschaftsausschuss

- Anstelle von Ratsherrn Kai Tegethoff wird Ratsfrau Gisela Ohnesorge als Mitglied im Wirtschaftsausschuss benannt.
- Ratsherr Thomas Behrens wird anstelle von Ratsfrau Michaline Saxel als Stellvertreter im Wirtschaftsausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses

24-24325

Beschluss:

Herr Martin Fuchs wird als stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss benannt.
Frau Sarah Mick wird als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**10. Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat
der Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH**

24-24299

Beschluss:

Herr Ratsherr Kai Tegethoff wird aus dem Aufsichtsrat der Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH abberufen und

Herr Thomas Behrens

(Vorschlagsrecht der Gruppe Die FRAKTION. -
DIE LINKE., Volt und Die PARTEI)

wird in den Aufsichtsrat der Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH entsandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11. Wahl des Vertreters der Landesjägerschaft im Jagdbeirat

24-24004

Beschluss:

Für die Dauer der restlichen Wahlperiode des Rates der Stadt bis zum 31. Oktober 2026 wird als Vertreter für die Landesjägerschaft und als Stellvertreter des Kreisjägermeisters

Herr Stefan Schulze, Am Brühl 9c, 38110 Braunschweig

neu in den Jagdbeirat gewählt.

Gleichzeitig wird der bisherige Vertreter für die Landesjägerschaft und Stellvertreter des Kreisjägermeisters Herr Christian Bosse abberufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

12. Abberufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt

24-24046

Beschluss:

Die Techn. Beschäftigte Petra Schaule-Ehlert wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - als Prüferin beim Rechnungsprüfungsamt abberufen.
Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13. Änderung der Taxentarifordnung

24-24036

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Braunschweig (Taxentarifordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

Nach der Behandlung von Tagesordnungspunkt 13 übernimmt stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert die Sitzungsleitung.

14. Haushaltsvollzug 2024 hier:	24-24262
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	
14.1. Haushaltsvollzug 2024 hier:	24-24262-01
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	
14.2. Haushaltsvollzug 2024 hier:	24-24262-02
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	

Stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert weist darauf hin, dass zu der Vorlage 24-24262 die Ergänzungsvorlagen 24-24262-01 und 24-24262-02 vorliegen. Er teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss einzeln über die lfd. Nr. 3 der Vorlage 24-24262 und die lfd. Nr. 10 der Ergänzungsvorlage 24-24262-02 sowie im Übrigen gemeinsam über die Vorlagen abgestimmt hat. Stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert schlägt vor, entsprechend zu verfahren, und stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch erhebt.

Im Anschluss an die Aussprache stellt stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert zunächst die lfd. Nr. 3 der Vorlage 24-24262 einzeln zur Abstimmung, danach lässt er über die lfd. Nr. 10 der Ergänzungsvorlage 24-24262-02 einzeln abstimmen. Anschließend stellt er die restliche Vorlage 24-24262 gemeinsam mit der Ergänzungsvorlage 24-24262-01 und der restlichen Ergänzungsvorlage 24-24262-02 zur Abstimmung.

Beschluss zu Vorlage 24-24262, Ergänzungsvorlage 24-24262-01 und Ergänzungsvorlage 24-24262-02:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

- 1. Einzelabstimmung über lfd. Nr. 3 der Vorlage 24-24262:**
bei einigen Enthaltungen beschlossen
- 2. Einzelabstimmung über lfd. Nr. 10 der Ergänzungsvorlage 24-24262-02:**
bei einigen Enthaltungen beschlossen
- 3. Gemeinsame Abstimmung der restlichen Vorlage 24-24262 mit der Ergänzungsvorlage 24-24262-01 und der restlichen Ergänzungsvorlage 24-24262-02:**
bei einer Enthaltung beschlossen

15. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	24-24210
15.1. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	24-24210-01

Stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert weist darauf hin, dass zu der Vorlage 24-24210 die Ergänzungsvorlage 24-24210-01 vorliegt, und lässt anschließend über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage abstimmen.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 24-24210-01:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

16. Vorstellung des Evaluationsberichts und Fortführung der Antidiskriminierungsstelle

24-24240

Stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert stellt die Vorlage 24-24240 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Volkshochschule Braunschweig GmbH wird mit der Umsetzung und Weiterentwicklung der Antidiskriminierungsstelle Braunschweig für weitere zwei Jahre beauftragt. Zum Betrieb dieser Stelle werden jährlich 175.000 Euro (Personal- und Sachkosten) im städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt. Vor Ablauf der Befristung erfolgt eine externe Evaluation, in der die weitere Entwicklung und Struktur bewertet werden soll.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

17. Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-KindGruppen; Förderung von Zweitkräften in Kleingruppen

24-23991

Beschluss:

1. Für bereits geförderte Kindergarten-Kleingruppen, für die aus räumlichen Gründen keine Umwandlung in eine Regelgruppe möglich ist, erfolgt auf Antrag die zusätzliche Förderung einer Zweitkraft auf Basis der in Anlage 1 angeführten Personalbedarfsbemessung.

Zusätzlich wird die Pauschale für Vertretungszeiten nach dem Ratsbeschluss vom 13. Juli 2021 (DS 21-15922) auf die Pauschale der jeweiligen Regelgruppe aufgestockt.

Die Förderung erfolgt unter Beibehaltung der Systematik des Pauschalierter Aufwandsmodells (PAM) des Ratsbeschlusses vom 21. Dezember 2004 zur Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen. Die Förderung der Zweitkraftstunden wirkt sich nicht auf die Berechnung weiterer in Abhängigkeit der Personalkosten ermittelter Förderpauschalen aus.

2. Eine Förderung von neuen Kleingruppen wird zukünftig ausgeschlossen.
3. Die Änderung tritt zum 1. Januar 2025 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

18. Neufestsetzung der Entgelte für den Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste (Grömitz/Ostsee)

24-23967

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste (Grömitz/Ostsee) steht Kinder- und Jugendgruppen, Schulen und anderen Institutionen für Erholungs- und Ferienfreizeiten, Klassenfahrten, Seminare usw. zur Verfügung.

Ab Beginn der Belegungszeit 2025 werden die Entgelte je Tag/Teilnehmende entsprechend der diesem Beschluss als Anlage beigefügten Aufstellung neu festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 19. Raumprogramm für die Erweiterung des Wilhelm-Gymnasiums; Ersatz der Ein-Fach-Sporthalle in der Außenstelle Leonhardstraße 12 durch den Bau einer 1,5-Fach-Sporthalle** **24-24059**

Beschluss:

Entgegen dem Beschluss aus 10/2021 (Ds. 21-16574) sieht das Raumprogramm für die bauliche Erweiterung des Wilhelm-Gymnasiums für die Außenstelle Leonhardstraße 12 keine Zwei-Fach-Sporthalle vor, sondern den Bau einer 1,5-Fach-Sporthalle. Dieser Änderung wird zugestimmt. Die übrigen, in der Drucksache 21-16574 beschriebenen Maßnahmen des Raumprogramms werden wie bereits beschlossen umgesetzt.

Der Beantragung von Fördergeldern im Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur für die Maßnahme „Ersatzneubau der Sporthalle des Wilhelm-Gymnasiums mit einer 1,5-Fach-Sporthalle“ und dessen Durchführung wird vorbehaltlich eines noch zu treffenden Objekt- und Kostenfeststellungsbeschlusses zugestimmt. Für die ursprünglich geplante Zwei-Fach-Sporthalle wurden Fördergelder von rd. 3,7 Mio. € erwartet. Es wird geprüft, inwieweit diese an die neue Bau- und Kostensicht angepasst werden können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 20. Richtlinie für die außerschulische Nutzung von Sporthallen zu Übernachtungszwecken** **24-23724**
- 20.1. Richtlinie für die außerschulische Nutzung von Sporthallen zu Übernachtungszwecken** **24-23724-01**

Stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert weist darauf hin, dass zu der Vorlage 24-23724 die Ergänzungsvorlage 24-23724-01 vorliegt, und lässt nach Aussprache über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage abstimmen.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 24-23724-01:

Die als Anlage 2 beigegebene Richtlinie für die außerschulische Nutzung von Sporthallen für Übernachtungszwecke wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Nach der Behandlung von Tagesordnungspunkt 20 übernimmt Ratsvorsitzender Graffstedt wieder die Sitzungsleitung.

21. Anfragen

Die Behandlung der Anfragen erfolgt in der Zeit von 18:10 Uhr bis 19:01 Uhr.

- 21.1. Transparenz in den Haushaltsberatungen
Anfrage der CDU-Fraktion** **24-24333**
- 21.1.1. Transparenz in den Haushaltsberatungen
Stellungnahme der Verwaltung** **24-24333-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 24-24333-01). Nachfragen werden beantwortet.

21.2. Kinder- und Familienarmut / Handlungskonzept Kinderarmut 24-24328
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

21.2.1.Kinder- und Familienarmut / Handlungskonzept Kinderarmut 24-24328-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Rentzsch (Stellungnahme 24-24328-01). Eine Nachfrage wird beantwortet.

21.3. Ersatzfreiheitsstrafe bei Schwarzfahren 24-24329
Anfrage der Gruppe Die FRAKTION. BS

21.3.1.Ersatzfreiheitsstrafe bei Schwarzfahren 24-24329-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 24-24329-01).

**21.4. Vergewaltigungsvorwurf in der „Wasserwelt“:
aus welchem Umfeld kommt der Tatverdächtige?** 24-24334
Anfrage der AfD-Fraktion

**21.4.1.Vergewaltigungsvorwurf in der „Wasserwelt“:
aus welchem Umfeld kommt der Tatverdächtige?** 24-24334-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 24-24334-01).

**21.5. Veröffentlichung von Einwohneranfragen auf der Mitreden-
Plattform** 24-24284
Anfrage der Ratsfrau Hillner

**21.5.1.Veröffentlichung von Einwohneranfragen auf der Mitreden-
Plattform** 24-24284-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Dr. Pollmann (Stellungnahme 24-24284-01). Eine Nachfrage wird beantwortet.

21.6. Aktueller Sachstand zum Weiterbetrieb des Bades Gliesmarode 24-24330
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

21.6.1.Aktueller Sachstand zum Weiterbetrieb des Bades Gliesmarode 24-24330-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Herlitschke (Stellungnahme 24-24330-01). Eine Nachfrage wird beantwortet.

21.7. Erarbeitung eines kommunalen Hitzeaktionsplans Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	24-24338
21.7.1. Erarbeitung eines kommunalen Hitzeaktionsplans Stellungnahme der Verwaltung	24-24338-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Rentzsch (Stellungnahme 24-24338-01). Eine Nachfrage wird beantwortet.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und der nichtöffentliche Teil entfällt, da keine nichtöffentlichen Mitteilungen oder Beschlusspunkte vorliegen. Er schließt die Sitzung um 19:02 Uhr.

gez.

Dr. Kornblum
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Hellemann
Protokollführerin